21.8.2013

Persönliche Bewertung der Ergebnisse des 2. PUA NSU

Hans- Christian Ströbele

Konsequenzen nach totalem Versagen von Verfassungsschutz und Polizei

Aus dem völligen Versagen des Verfassungsschutzes ziehe ich die Konsequenz, diesen aufzulösen und dessen bisherige Aufgaben, rechtsextremistische Bestrebungen gegen die Grundgesetzordnung und die Sicherheit in Deutschland zu beobachten, überwiegend auf eine zivilgesellschaftliche Stiftung zu übertragen. Verbleibende Restaufgaben soll eine kleine Abteilung im Innenministerium übernehmen, die durch die Ministeriumsspitze und das Parlament streng kontrolliert wird.

Nach dem Versagen der polizeilichen Ermittler soll das Personal, das bei der Fahndung nach dem NSU-Trio so dramatisch versagt hat, abgelöst werden. Dies gilt nicht nur für die Spitze, sondern auch für die Durchführungsebene.

Alle V-Leute im rechten Bereich sollen abgeschaltet und ihr bisheriger Einsatz gründlich unabhängig evaluiert werden. Der Ausschuss hat sich mit dem Einsatz von V-Leuten nur in der rechten Szene befasst. Dieses geheime Mittel der Beobachtung und Beeinflussung der rechtsextremistischen Szene soll nicht mehr eingesetzt werden. Ich sehe die grüne Forderung nach einem generellen Verzicht auf den Einsatz von V-Leuten insoweit bestätigt.

In Deutschland waren Sicherheitsbehörden auf dem rechten Auge blind und nahmen die Gefahr des Rechtsextremismus nicht ernst. Viel schlimmer noch, es gibt Anzeichen für fremdendiskriminierende, rassistische Vorurteile und verbrämten institutionellen Rassismus. Ob letztlich Konkurrenzdenken, bürokratische Ignoranz, rassistische Vorurteile oder solcher Rassismus für das Totalversagen ausschlaggebend waren, konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Inhalt

I. Rechtsterrorismus in Deutschland nach der Vereinigung	3
Die falsche Analyse des BfV 1998/99	4
Die falschen Analysen des BfV 2002, 2003, 2004 und 2005	5
Versagen der Landesämter für Verfassungsschutz.....	6
Rassistische Musikszene/Blood & Honour – Netzwerk, Rekrutierungs- und Unterstützerumfeld des rechten Terrors	9
II. Die wesentlichen Bereiche des Versagens der Sicherheitsbehörden.....	10
Versagen bei der Durchsuchung am 26.1.1998	10
Versagen bei der Auswertung der „Garagenliste“	11
Versagen bei Nutzung der Akten über den THS	12
Versagen nach der 2. Operativen Fallanalyse des LKA Bayern.....	12
Versagen bei der Operativen Fallanalyse des LKA Baden-Württemberg.....	13
Versagen beim Umgang mit den Hinweisen auf Waffenbeschaffung	14
III. Die Rolle staatlicher Stellen bei der Flucht.....	15
IV. V-Männer – ein trügerisches und gefährliches Instrument	17
V. Politisches und persönliches Versagen von Ministern des Bundes und der Länder.....	19

I. Rechtsterrorismus in Deutschland nach der Vereinigung

In den neunziger Jahren gab es schrecklichen Terror von Rechtsextremen im vereinigten Deutschland. Opfer waren Flüchtlinge – und Migranten türkischer und kurdischer Herkunft.

Umso unverständlicher ist die völlig falsche Analyse des Bundesamtes für Verfassungsschutz schon 1998, wonach es in Deutschland keine rechts-terroristischen Strukturen gebe, kein Umfeld dafür und keine solchen Aktivitäten. Dieser Befund wurde über das folgende Jahrzehnt in den Verfassungsschutzberichten und Veröffentlichungen fortgeschrieben. Er wurde damit begründet, es lägen keine Bekennerschreiben vor. Er wurde sogar explizit mit dem Hinweis auf das NSU-Trio im Untergrund gerechtfertigt, das ja keine Straftaten begangen hätte und dem ein Unterstützerumfeld fehle. Grundlage dieser Behauptungen waren nicht etwa intensive Recherchen des BfV vor der Erstellung der Analyse. Auch gebotene intensive Nachfragen bei den Verfassungsschutzämtern und den ermittelnden Polizeibehörden der Länder sind nicht ersichtlich. So blieben Hinweise unbeachtet, die drei „Untergetauchten aus Jena“ bemühten sich, Waffen zu beschaffen „um weitere Überfälle“ zu begehen.

Die katastrophale Fehleinschätzung war ein unverzeihliches Versagen des BfV. Dieser Verfassungsschutz ist aufzulösen. Den Mitarbeitenden an der Spitze und in den Gliederungen des Amtes, die so kläglich versagt haben, kann nicht weiter der Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung und der Grundgesetzordnung anvertraut bleiben.

Die Fehleinschätzung war mit der Realität nicht zu vereinbaren: Anfang der neunziger Jahre fanden zahlreiche fremdenfeindliche, rassistische Angriffe auf Unterkünfte von Flüchtlingen und Wohnhäuser von Migranten statt, bei denen Menschen bedroht, terrorisiert, gehetzt, verletzt und getötet wurden – etwa 1991 in Hoyerswerda, 1992 in Rostock, Mölln und Solingen.

Hintergrund waren stark ansteigende Zahlen von Flüchtlingen, die nach Deutschland kamen. Die „Asylfrage“ wurde in der politischen Auseinandersetzung instrumentalisiert. Die CDU/CSU führte eine regelrechte Asylkampagne. Sogar das Grundrecht auf Asyl in der Verfassung wurde eingeschränkt. Menschenfeindliche Äußerungen hatten zuvor die Stimmung angeheizt. Ein Bürgermeister forderte zum Thema Flüchtlinge: „Das Zeug muss hier weg“. Ein Landesanwalt sprach von „einem Heuschreckenschwarm, der überall, wo er durchzieht, eine Wüste hinterlässt“ und ein Ministerpräsident davon, eine multinationale Gesellschaft auf deutschem Boden, die die Republikaner als „durchmischt und durchrasst“ bezeichneten, lehnten die Bürger ab.

Rechtsextremisten und Neonazis glaubten, ihre Gesinnung und Taten mit Berufung auf solche Äußerungen rechtfertigen zu können. Sie gingen davon aus, die Bevölkerung hinter sich zu haben. Sie sahen sich ermutigt, als es tatsächlich gelang, in Hoyerswerda und Rostock die Flüchtlinge zu vertreiben. Fremdenfeindlichkeit wurde bei ihnen zu ungeschminktem Rassismus und Ausländerhass. Immer mehr richtete sich die Hetze gegen Ausländer

insgesamt, die als „Menschen dritter Klasse“ verächtlich gemacht wurden. Insbesondere Migranten türkischer Herkunft wurden als „Kanaken“ beschimpft. Mit Mordanschlägen sollte „Deutschland kanakenfrei“ gemacht werden. Um dies zu erreichen, wurden Wohnhäuser von Bürgerinnen und Bürgern türkischer Herkunft mitten in Deutschland in Mölln und Solingen nachts angezündet, in denen dann Menschen, vorwiegend Frauen und Kinder, qualvoll erstickten und verbrannten.

Im Mai 1992 wurde der Nigerianer Steve E. in einer Diskothek in Brandenburg von einer Gruppe von 15 Rechtsextremisten angepöbelt, brutal zusammengeschlagen und ohnmächtig in einen See geworfen. Nur in letzter Sekunde konnte er vor dem Ertrinken gerettet werden. Die Mordattacke wurde begleitet von Rufen „Heil Hitler, Ausländer raus“ und „Jetzt mach' ich den Neger platt“. Einer der Täter, Carsten Szczepanski, tat sich besonders hervor, indem er mit rhythmischen Rufen „Ku-Klux-Klan“, in die alle einstimmten, die Mordangriffe immer wieder anheizte. 1995 wurde er wegen Mordversuch zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Noch aus der Untersuchungshaft bot er sich 1994 dem Verfassungsschutz in Brandenburg als V-Mann an, um Hafterleichterungen, vorzeitige Entlassung und Geld zu erhalten. Er wurde als V-Mann „Piatto“ vom LfV Brandenburg rekrutiert, bekam schon bald ein eigenes Handy und unkontrollierten Postverkehr in der Haft, wurde vorzeitig entlassen und mit reichlich Geld, ca. 50 000,- DM, bezahlt. Aus der Haft soll er maßgeblich mit Wissen des BfV an der Herausgabe und Gestaltung von rechten Szene-Blättern wie dem „Weißen Wolf“ mitgewirkt haben.

Die falsche Analyse des BfV 1998/99

Am 26. Januar 1998 ging das NSU-Trio Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt in den Untergrund.

Im April desselben Jahres schrieb das BfV in einen Sprechzettel für eine Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission die Feststellung, es gebe keine Hinweise auf eine terroristische Bedrohung durch Rechtsextremisten, „keine Anhaltspunkte für terroristische Absichten von Rechtsextremisten“. Sogar die Rohrbomben wurden erwähnt, die wenige Monate vorher in der Garage des verschwundenen NSU-Trios gefunden worden waren. Gleichwohl wurde eine rechtsterroristische Organisation und Struktur verneint. Es fehle an Führungspersonen und logistischen Voraussetzungen wie finanziellen Mitteln und einer Unterstützer-Szene, die für den Kampf aus der Illegalität unverzichtbar seien. Es sei auch keine entsprechende Theorie ausformuliert.

Im September 1999 wurde auf einer Sicherheitstagung der „Informationsgruppe Rechtsextremismus“ (IGR) zum Lagebild des Rechtsextremismus behauptet, eine rechtsextremistische Organisation, die zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele schwere Straftaten oder terroristische Aktivitäten plane, sei nicht vorhanden.

Zehn Monate vorher hatte der erste unaufgeklärte Raubüberfall in Sachsen stattgefunden, der heute dem NSU-Trio zugeschrieben wird. Und wenige Wochen später wurden die Überfälle Nummer zwei und drei auf Postfilialen in Chemnitz begangen.

Auf die Idee, dass ein Zusammenhang zwischen dem immer noch untergetauchten NSU-Trio und den Raubtaten bestehen könnte, kam offenbar niemand im BfV. Dies ist umso erstaunlicher, weil das Bundesamt spätestens seit 1997 mit erheblichem Personaleinsatz in Thüringen im Rahmen der Operation „Rennsteig“ gemeinsam mit dem LfV Thüringen unterwegs war, um wegen der besonderen Gefährlichkeit der rechtsextremistischen „Organisation Thüringer Heimatsschutz“ V-Leute zu werben. Das Trio wurde im nahen Sachsen vermutet. Die Operation „Rennsteig“ wurde noch fortgesetzt, während die schweren Straftaten, die nicht aufgeklärt werden konnten, begangen wurden. Das BfV soll dort sogar an der Fahndung nach dem NSU-Trio beteiligt gewesen sein. Es führte auch nach 2001 noch eine Anschlussoperation in Thüringen durch. Für das BfV blieb es ein Verdachtsfall „Rechtsextremismus“. Aber von konkreten Nachfragen bei den Mitarbeitern des BfV, die in Thüringen unterwegs waren oder bei den Sicherheitsbehörden in Thüringen und Sachsen vor der definitiven Feststellung in den Analysen des Amtes findet sich keine Spur.

Die falschen Analysen des BfV 2002, 2003, 2004 und 2005

2002 behauptete das **Bundesamt für Verfassungsschutz** erneut, es gebe keine rechtsterroristischen Gruppierungen und keine Bestrebungen zum Aufbau eines zielgerichteten bewaffneten Kampfes. 2003 schrieb der Vizepräsident des BfV zur Frage aus Bayern, ob es eine braune RAF gebe: „Absichten, einen Kampf aus der Illegalität heraus mit den damit verbundenen Umständen zu führen, sind in der rechten Szene nicht erkennbar. Es gibt derzeit auch keine Anhaltspunkte, dass eine solche Gruppe ein Umfeld finden würde, das ihr einen solchen Kampf ermöglicht.“ Ausgerechnet am Beispiel des noch immer nicht aufgefundenen NSU-Trios fügte er hinzu: „In der Presse wird angeführt, dass es im Rechtsextremismus sehr wohl ein potentielles Unterstützerfeld gebe. Hierzu wird auf drei Bombenbauer aus Thüringen verwiesen, die seit mehreren Jahren ‚abgetaucht‘ seien [...] Dem ist entgegenzuhalten, dass diese Personen auf der Flucht sind und – so weit erkennbar – seither keine Gewalttaten begangen haben.“ Das war entsetzlich falsch. Wieder ist nicht ersichtlich, auf welche Recherchen und Nachfragen bei Polizei und Verfassungsschutz der Länder oder auf welche sonstigen Erkenntnisse diese Annahmen gestützt waren. Ganz im Gegenteil war es durchaus naheliegend, dass das immer noch verschwundene Trio Gewalttaten begangen hatte und weiter begehen wollte. Denn wie sollte es im Untergrund überleben, ohne Straftaten zu begehen und das auch noch ohne Unterstützerumfeld. Ja, es gab sogar konkrete Erkenntnisse über geplante Straftaten des Trios. Der V-Mann Piatto vom LfV Brandenburg hatte Hinweise auf Waffenbeschaffung zur Begehung weiterer Überfälle geliefert. Der langjährige V-Mann des BfV, „Corelli“, hatte Verbindung zu der rechtsextremistischen Publikation „Der Weiße Wolf“, die 2002 ihren Dank für eine Spende des „NSU“ veröffentlichte. Dies war das bis dahin erste bekannte Mal, dass die Bezeichnung „NSU“ öffentlich genannt wurde. „Corelli“ stellte dieser Publikation sogar seine Web-Seite zur Verfügung.

Das BfV hätte im eigenen Haus und den LfV Brandenburg, Thüringen und Sachsen nachfragen und genaue Prüfungen durchführen müssen, bevor so weitreichende Bewertungen der Bedrohung und Bedeutung der rechtsextremistischen Szene vorgenommen und veröffentlicht wurden. Dort waren wichtige Erkenntnisse vorhanden, die mit der Analyse nicht zu vereinbaren waren. Es ist nicht ersichtlich, dass solche Nachfragen auch nur erwogen oder gar durchgeführt wurden.

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits fünf Menschen türkischer Herkunft aus völkischem Rassenhass in Deutschland brutal und skrupellos in ihren Geschäften mit Kopfschüssen hingerichtet worden. Die Taten werden dem NSU-Trio in der Anklage vor dem OLG-München zur Last gelegt.

Am 9. September 2000 wurde Enver Şimşek in Nürnberg grausam und qualvoll ermordet, am 13. Juni 2001 Abdurrahim Özüdoğru ebenfalls in Nürnberg, am 27. Juni 2001 Süleyman Taşköprü in Hamburg, am 29. August 2001 Habil Kiliç in München und am 25. Februar 2004 Mehmet Turgut in Rostock.

Außerdem waren bis dahin sechs Raubüberfälle in Chemnitz und Zwickau und ein Sprengstoffanschlag in Köln nicht aufgeklärt, die heute ebenfalls dem NSU-Trio von der Anklage zugeschrieben werden.

Alle Jahre wieder, 2004 und 2005, wiederholte das BfV seine falsche Bewertung der rechtsterroristischen Gefahr in Deutschland. Dies auch noch, als das BfV selbst nach dem Nagelbombenanschlag in der Keupstraße in Köln vom 9.6.2004 unter Bezugnahme auf ähnliche Anschläge von Nazis in London 1999 in einer Analyse Terroristen im rechtsextremistischen Bereich annahm und sogar konkrete Verdachtspersonen benannte.

Mit der falschen Bewertung der Gefahr des rechtsextremistischen Terrors in Deutschland hat das Bundesamt für Verfassungsschutz eine verhängnisvolle, trügerische Sicherheit vorgegeben, welche die eigene Arbeit sowie die der Verfassungsschutzämter der Länder im Bereich des Rechtsextremismus nachhaltig gelähmt und desorientiert hat.

Versagen der Landesämter für Verfassungsschutz

Die Landesämter für Verfassungsschutz mehrerer Bundesländer sind in die Reihe der Totalversager einzubeziehen. Auch sie waren auf dem rechten Auge blind und nahmen die Gefahr des Rechtsextremismus nicht ernst. Viel schlimmer noch, es gibt Anzeichen für fremdenfeindliche und rassistische Vorurteile. Ob letztlich Konkurrenzdenken, bürokratische Ignoranz oder rassistische Vorurteile letztlich ausschlaggebend waren, konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Auch in den Verfassungsschutzämtern der Länder sind deshalb radikale und nicht nur personelle Konsequenzen zu ziehen.

Das **Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen** hat die Zielfahndung des dortigen LKA nicht ausreichend mit Informationen unterstützt. In vermessenen Konkurrenzdenken wollte es die Ehre des Erfolges bei der Fahndung nach dem Trio für sich.

Die Ermittler aus Polizei und Staatsanwaltschaft hatten sogar den Verdacht, das LfV warne und schütze das NSU-Trio.

Der V-Mann des LfV, Tino Brandt, konnte dem Trio im Untergrund bei der Beschaffung dringend benötigter finanzieller Mittel hilfreich sein. Das LfV unternahm nichts, um zu verhindern, dass das Trio auch von seinen eigenen hohen Zahlungen an den geschätzten V-Mann profitierte.

Vor allem hat das LfV Thüringen deshalb versagt, weil es den Hinweis des V-Mannes Piatto aus Brandenburg, das Trio benötige Waffen für weitere Überfälle, nicht an die Zielfahndung im eigenen Land weitergegeben hat. Damit wurde nicht nur ein wichtiger Fahndungsansatz unterdrückt, sondern die Zielfahnder wurden auch erheblichen Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt für den Fall, dass sie eine Zugriffsmöglichkeit hatten.

Die **Landesämter für Verfassungsschutz Brandenburg und Sachsen** versagten ebenso. Auch sie wussten aus der gemeinsamen Besprechung von dem Hinweis des V-Mannes Piatto. Die Leitung des Beschaffungsreferates und die V-Mann-Führung des brandenburgischen Verfassungsschutzes verweigerten die Zustimmung zu einer schriftlichen Weitergabe des Hinweises an die Polizei.

Der Verfassungsschutz Brandenburg unternahm nichts, um sicherzustellen, dass die mündliche Weitergabe an die Zielfahnder auch wirklich erfolgte. Offensichtlich hatte auch bei den Verfassungsschutzbehörden dieser Länder die Ergreifung der Gesuchten keine Priorität – trotz des Hinweises auf die Waffenbeschaffung und geplante weitere Überfälle. Ein Hinweis an die sächsische Polizei unterblieb ebenso. Mit einem solchen Hinweis, abgetauchte Rechtsextremisten planten bewaffnete Überfälle, hätte ein Zusammenhang zu der dann ungeklärt bleibenden Raubserie in Sachsen ab 1999 hergestellt werden können.

Das **Landesamt für Verfassungsschutz Bayern** war nach den Morden in Nürnberg und München überaus aktiv und kooperativ bei der Fahndung im In- und Ausland. Dies aber nur, soweit es um die Aufklärung eines vermeintlichen Tathintergrundes im Bereich der organisierten Kriminalität und der türkisch/kurdischen Bevölkerungsgruppe ging. Bis weit in die Türkei hinein war man aktiv. Ganz anders reagierte dieses LfV, als die 2. Operative Fallanalyse vorlag, die ein Täterprofil im rechtsextremistischen Bereich analysierte. Jetzt war es vorbei mit der Kooperationsbereitschaft und dem Aufklärungseifer. Auf die erste Bitte der BAO Bosphorus um Informationen über Rechtsextremisten im Land geschah erst mal gar nichts. Die Bitte wurde rundweg abgelehnt mit dem Hinweis auf Quellenschutz und später Datenschutz. Dann dauerte es trotz persönlicher Intervention des Leiters der BAO Bosphorus fast sieben Monate, bis in diesem Serienmordfall eine Namensliste von Rechtsextremisten zur Verfügung gestellt wurde. Aber außer knapp 700 Namen und Geburtsdaten von

Rechtsextremisten aus der Gegend von Nürnberg Süd wurde nichts herausgegeben. Nichts dazu, was das LfV über die Personen wusste und in welchem Zusammenhang sie in Erscheinung getreten waren. Grundsätzlich änderte sich an dieser Haltung des LfV Bayern nichts.

Die Spur nach Rechts wurde bagatellisiert und nicht ernst genommen. Schließlich hatte sich das LfV im Bereich seiner rechten Quellen umgehört, und dort wollte man von nichts wissen. Die Serie skrupelloser, eiskalter Hinrichtungen traute man wohl nur der organisierten Kriminalität im türkisch/kurdischen Bevölkerungsbereich zu. Das kommt von rassistischen Vorurteilen. Noch in seiner Befragung im Ausschuss blieb der Leiter dieses LfV stur und abweisend. Er wollte immer noch kein Problem in der Verweigerung durch das LfV und schon gar kein Versagen sehen.

Das **Landesamt für Verfassungsschutz in Hessen** versagte nicht nur bei der Unterstützung der Fahndung nach Tätern nach dem Mord an Halit Yozgat in Kassel. Es behinderte die Fahndung sogar. Dies, obwohl es allen Grund hatte, in jeder Weise zu helfen.

Der Vater des Ermordeten äußerte früh den Verdacht, die Tat sei rechtsextremistisch motiviert. In der Öffentlichkeit wurden auf einer Demonstration Vorwürfe erhoben.

Vor allem war schon wenige Tage nach der Tat der LfV-Mitarbeiter Temme, der einen V-Mann in der rechten Szene führte, der Beteiligung verdächtig. Er war vermutlich während der Abgabe der tödlichen Schüsse am Tatort im Internetcafe anwesend. Trotz intensiver Fahndung meldete er sich in den Tagen nach dem Mord nicht von sich aus, sondern musste über seine Internetnutzung ermittelt werden. Bis heute ist nicht hinreichend geklärt, ob er während der Tat im Internet-Cafe noch anwesend war oder dieses wenige Sekunden vor den Schüssen verlassen hatte. Das Landesamt für Verfassungsschutz weigerte sich bis zuletzt, die vom Beschuldigten Temme geführten V-Leute, darunter auch derjenige, mit dem er noch kurz vor dem Tatzeitpunkt telefoniert hatte, von den Ermittlern vernehmen zu lassen. Der Leiter des Amtes wehrte diese Bitte mit dem Hinweis auf Quellenschutz ab.

Zuvor sollen LfV-Mitarbeiter gegenüber der ermittelnden Polizei geäußert haben, „wir haben es hier doch nur mit einem Tötungsdelikt zu tun“ und zeigten damit ihren Unwillen zur Kooperation. Mit Arroganz und Ignoranz lehnte der Leiter des LfV ab, mit der Polizei überhaupt über die Verweigerung der Vernehmungen zu sprechen. Die Ermittler mussten sich mit schriftlichen Antworten auf einen Fragenkatalog begnügen.

Damit wurde die Aufklärung des Mordes über Monate massiv behindert. Der zuständige Innenminister Bouffier deckte letztlich die schlimme Fehlentscheidung des ihm unterstellten Amtes.

Rassistische Musikszene/Blood & Honour – Netzwerk, Rekrutierungs- und Unterstützendumfeld des rechten Terrors

Beide, der Verfassungsschutz und auch die Ermittlungsbehörden in Deutschland, haben die Bedeutung der Nazi-Musikszene für die Gefahren des Rechtsextremismus verkannt. Zwar haben sie Strafverfahren durchgeführt und Verbote gegen Bands wie „Landser“ vorgenommen wegen volksverhetzender und strafbarer Texte, in denen der Nationalsozialismus verherrlicht und Nazisymbole gesellschaftsfähig gemacht wurden. Sie haben die Hersteller und Verbreiter der CDs mit solchen Texten auch verfolgt und angeklagt, aber nur wegen Propagandadelikten. Sie haben auch Organisationen wie das Netzwerk „Blood & Honour“ verboten.

Aber Anführer und Angehörige der Musikszene konnten weiter höchst aktiv bleiben. Die Szene existierte mit Großkonzerten, Treffs und CD-Vertrieb weiter. Sie war und ist mehr als Treffpunkt für Konzerte und Feiern. Sie transportiert völkische, rassistische Ideologien. Über sie wurde gemeinsame Gewaltpropaganda, Schulung, Indoktrination, Radikalisierung und Zusammenhalt organisiert. Sie diente als Netzwerk zur Mobilisierung. Aus ihr rekrutieren sich Umfeld und Unterstützer der Gewalttäter – auch des NSU-Trios.

Alle drei waren anfangs in der Musikszene. Sie engagierten sich immer mehr und trafen sich regelmäßig mit Gleichgesinnten vor Ort und darüber hinaus mit solchen in Nachbarregionen und aus anderen Bundesländern. Sie waren Mitglieder des Thüringer Heimatschutzes, in dem die Szene zunächst organisiert war. Sie standen dem harten Kern der Blood & Honour-Szene in Thüringen und deren führenden Leuten, etwa in Sachsen, nahe.

Gemeinsam war dieser Szene Ablehnung und Hass gegen Fremde, Flüchtlinge und Ausländer oder Menschen, die nach ihrer Wahrnehmung so aussahen. Sie verharmlosten und verherrlichten die Nazi-Zeit, sie bekannten sich zur rassistischen Nazi-Ideologie und Realität, wie sie in aller Brutalität und Grausamkeit in den Texten der Nazi-Bands mit einpeitschenden Rhythmen besungen wurde. Sie verehrten Symbole und Führer der Nazis. In SA-ähnlichen Uniformen liefen Mundlos und Böhnhardt durch die Gedenkstätte im ehemaligen KZ Buchenwald. Im Laufe der Jahre wurden sie radikalisiert, haben entsprechend polemisiert, protestiert, provoziert und Propagandadelikte begangen. Dann kam es zu Drohungen mit Gewalt und bald auch zu Gewaltstraftaten. Schließlich haben sie sich erhebliche Mengen von Sprengstoff über Kameraden aus dieser Szene beschafft und begonnen, Rohrbomben zu bauen.

Die Kontaktpersonen aus der nach ihrem Untertauchen in der Garage gefundenen Adressliste gehören überwiegend zur rechtsextremistischen Musikszene bzw. zum Blood & Honour-Netzwerk in Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg. Die ersten Fluchtwohnungen in Sachsen organisierte die dortige Szenegröße Thomas S. Es waren Mitglieder der Blood & Honour-Szene, die Wohnungen zur Verfügung stellten. Die Versorgung mit Geld und Hilfsgütern, die Waffenbeschaffung im Untergrund übernahmen Kameraden aus der Szene. Über solche liefen auch Kontakte zu den Eltern und zu anderen

Unterstützern. Ohne diese Musikszene wären die Flucht und das Überleben im Untergrund mitten in der Gesellschaft über mehr als ein Jahrzehnt nicht gelungen – und vermutlich auch die Morde und Raubüberfälle nicht begangen worden.

Die rassistische Musikszene vernetzt Nazis und Rassisten auch international. Durch Blood & Honour mit Ursprung in England wurden die Szenen in Deutschland, England und anderen Ländern verbunden. Gemeinsam sah man sich im „Überlebenskampf der weißen Rasse“. In der Berufung auf den „Ku-Klux-Klan“ als Kampfruf – wie bei dem Mordversuch an Steve E. 1992 – und in Liedtexten kam dies zum Ausdruck. Der bewaffnete Arm war teilweise die Gruppierung „Combat 18“, ebenfalls aus England, die die „Schlacht des Adolf Hitler“ fortsetzen wollte, aber mit „Einzelkämpfern“ und „führerlosem Widerstand“. Er hatte Untergruppen in Deutschland. Schon vor dem ersten Mord der Ceska-Serie gab es in England und Schweden vergleichbare Mordtaten und Nagelbombenschläge. Die Machart der zehn Mordanschläge des „Lasermann“ Anfang der neunziger Jahre in Schweden war ähnlich. Dies gilt auch für die Auswahl der Opfer, so dass sie Vorbild für die neun Morde in Deutschland gewesen sein können. Die Nagelbombenanschläge 1999 in London hatten so große Ähnlichkeit mit dem in der Keupstraße in Köln, dass das BfV sie zum Vergleich herangezogen hat und feststellte, der Zünder der Bombe in Köln sei professioneller konstruiert gewesen.

II. Die wesentlichen Bereiche des Versagens der Sicherheitsbehörden

Nicht nur der Verfassungsschutz, auch die Sicherheitsbehörden von fast einem Dutzend Bundesländer haben total versagt. Sie haben die Menschen nicht geschützt. Sie haben die Verbrechen nicht aufgeklärt, die über mehr als ein Jahrzehnt lang in ganz Deutschland begangen wurden. Sie hatten bis zum 4.11.2011 nicht einmal eine Ahnung von einer Spur zu den Tätern von zehn Morden, zwei Sprengstoffanschlägen und 15 Raubüberfällen. Erst als nach einem Raubüberfall zwei aus dem Trio erschossen aufgefunden wurden, begannen die gezielten Ermittlungen gegen das NSU-Trio.

Neben zahlreichen Einzelfehlern wie Pannen bei der Koordination, bei der Informationsübermittlung und der Führung der Ermittlungen sind sechs wesentliche Punkte des Versagens der Ermittlungsbehörden festzustellen, die es dem Trio möglich machten, sich durch Flucht dem Zugriff zu entziehen. Hätte es diese Fälle des Versagens nicht gegeben, hätten die Morde und anderen schweren Verbrechen wahrscheinlich verhindert werden können.

Versagen bei der Durchsuchung am 26.1.1998

Schon bei der Durchsuchung der Garagen in Jena wurden unverzeihliche Fehler gemacht, so dass die Flucht der drei Verdächtigen ohne Weiteres möglich war. Das war alles andere als fachgerechte kriminalpolizeiliche Arbeit. Für das LKA Thüringen schien es eher eine lästige Pflichterfüllung, die schlecht vorbereitet und geplant war. Trotz der erheblichen strafrechtlichen Vorbelastungen des Trios und offen rassistischer Nazigesinnung wurde seine

Gefährlichkeit nicht gesehen und nicht ernst genommen. Kriminalpolizeiliche Dilettanten waren am Werk.

Vom Hinweis des Thüringer LfV auf die Garage Nr. 5 bis zur Durchsuchung durch die Polizei vergingen fast zwei Monate. Es gab nur einen einzigen Beschluss für mehrere Objekte, die nacheinander durchsucht wurden. Ein ermittlungsführender Staatsanwalt war nicht zugezogen. Für die schnelle Öffnung der Garagen war nicht gesorgt. Der verdächtige Böhnhardt konnte sich vor Abschluss der Durchsuchungen problemlos entfernen. Es vergingen fünf Stunden vom Sicherstellen des Sprengstoffs bis zu den ersten Versuchen, die Drei festzunehmen. Kein Wunder, dass das Trio da längst auf der Flucht war.

Versagen bei der Auswertung der „Garagenliste“

Jeder Dorfpolizist weiß, dass es nach einer Durchsuchung darauf ankommt, die aufgefundenen Asservate möglichst schnell durch sachkundige Ermittler durchzusehen auf Hinweise, um den flüchtigen Verdächtigen auf die Spur zu kommen. Nicht so das LKA Thüringen und die zur Unterstützung geschickten zwei BKA-Beamten. Fast drei Wochen verstrichen, bis die Papiere und insbesondere die Adress- und Telefonliste ausgewertet wurden, die der Verdächtige Mundlos von den ihm wichtigsten Kameraden angelegt und in der Garage versteckt hatte. Dabei lag es auf der Hand, dass diese Papiere und Adressen so brisant sein mussten. Mundlos hatte sie nicht zu Hause aufbewahrt, sondern in der Garage, in der auch mehr als ein Kilo Sprengstoff versteckt und Rohre waren, aus denen offensichtlich höchstgefährliche Bomben gebaut werden sollten. Briefe und Adresslisten sollten in der Wohnung nicht zufällig in falsche Hände kommen oder bei einer Durchsuchung dort nicht entdeckt werden. Denn es waren Papiere, aus denen sich lange und enge Beziehungen nicht nur zu den Kameraden Schau und Starke aus der Chemnitzer Neonazi-Szene ergaben, von denen Letztgenannter dem Trio dann tatsächlich in den ersten Wochen der Flucht Hilfe und Zuflucht gewährte. Die Liste enthielt darüber hinaus Adressen von Kameraden aus der rechtsextremistischen Musik- und Unterstützerszene des Trios in ganz Deutschland.

Erst fast drei Wochen nach dem Untertauchen, zwischen dem 16. und 20.2.1998, wertete der nach Thüringen entsandte BKA-Beamte diese Liste aus und bewertete sie als ohne Bedeutung für die Ermittlungen. Viel später, 2012, wurde die Adressliste erneut ausgewertet und ihre alarmierende Bedeutung erkannt. Viel zu spät, um auf diese Liste die Fahndung stützen zu können. Der Zielfahndung in Thüringen ab Januar 1998 stand sie weder in den Wochen nach der Flucht des Trios noch in den späteren Jahren zur Verfügung. Hätte sie diese Liste gekannt, hätte sie den konkreten Spuren nach Chemnitz in Sachsen, zu dem Unterstützer Thomas Starke und den Wohnungsgebern nachgehen können. Die Chancen auf den Fahndungserfolg wären unschätzbar hoch gewesen.

Versagen bei Nutzung der Akten über den THS

Die Ermittler und insbesondere die Zielfahnder des LKA in Thüringen haben die auch bei ihnen vorhandenen Akten zu Erkenntnissen über die rechtsextremistische Szene aus den Jahren 1994 bis 1998 nicht genutzt. Gerade weil die Zielfahnder vor Übernahme des Fahndungsauftrages mit der rechten Szene nicht befasst waren, hätten sie diese Akten nutzen und sich Vorinformationen beschaffen müssen. Erkenntnisse, mit wem aus der rechten Szene Personen aus dem Trio in den Jahren vor ihrer Flucht immer wieder näheren persönlichen Kontakt hatten, waren für die Fahndung nach den Untergetauchten unverzichtbar, weil sich daraus Fahndungsansätze ergeben konnten. In den Akten wird über zahlreiche Treffs, Demonstrationen und Veranstaltungen dieser Szene in Thüringen, Sachsen, aber auch in Bayern berichtet. In der Liste der Teilnehmer der Treffen finden sich immer wieder Personen auch aus dem Trio, mal Mundlos und Zschäpe, mal Böhnhardt, mal sogar alle drei. Unter den Kontaktpersonen und Teilnehmern der gemeinsam besuchten Veranstaltungen waren Personen, die das Szeneumfeld bildeten, das für das erfolgreiche Verbergen der Drei im Untergrund über ein Jahrzehnt lang notwendig war und sorgte. Dieses Versäumnis hatte zur Folge, dass für die Fahndung nach den Untergetauchten wichtige Informationen über die Kontakte und Kameraden des Trios aus der rechtsextremistischen Szene nicht genutzt wurden.

Versagen nach der 2. Operativen Fallanalyse des LKA Bayern

Die 2. OFA des LKA Bayern von 2006 wurde von Teilen der dortigen BAO und vom LfV, von der Staatsanwaltschaft, vom BKA und von LKAs anderer Bundesländer falsch eingeschätzt und weitgehend missachtet. Die notwendigen Konsequenzen für die Fahndung wurden gar nicht oder nur halbherzig gezogen. Durch dieses Versagen wurde die sehr späte, aber wahrscheinlich größte Chance vertan, dem NSU-Trio auf die Spur zu kommen.

Die 2. OFA lieferte Kriterien für die Suche nach dem „Einzeltäter“, die weitgehend auf den NSU zutrafen. Danach sollte der oder die „Einzeltäter“ der rechten Szene zugehörig oder gewesen sein, zumindest vor dem ersten Mord der Serie, sich aber inzwischen zurückgezogen haben. Er sollte türkenfeindlicher Gesinnung sein und einer eigenen Mission folgen. Bei zwei Tätern müsse eine Seelenverwandtschaft bestehen. Der „Einzeltäter“ könne wegen Waffen- bzw. Sprengstoffdelikten in Erscheinung getreten sein und dazu über Vorkenntnisse verfügen sowie Schießübungen gemacht haben. Der „Ankerpunkt“ werde im südöstlichen Raum Nürnbergs vermutet, weil der Beginn der Mordserie dort liege.

Ein zentraler Grund für das Scheitern auch der Fahndung auf Grundlage dieser Analyse war neben Ignoranz gegenüber der rechtsextremistischen Terrorgefahr, Desinteresse und Nicht-Ernst-Nehmen, dass der „Ankerpunkt“ einschränkend auf den aktuellen Wohnort im Nürnberger Süden eingegrenzt wurde. Diese Reduzierung fand in der Analyse eigentlich gar keine Stütze. Dort wurde unter „Ankerpunkt“ durchaus auch ein früherer Wohnort oder gar ein sonstiger „Raum sozialer Bindung“ verstanden. Aber die Ermittler reduzierten ihre

Bemühungen auf Personen der rechten Szene mit aktuellem Wohnsitz in Nürnberg Süd und scheiterten. Wegen dieses Versagens verpassten sie die größte Fahndungserfolgschance. Denn hätten sie Rechtsextremisten überprüft, die im Raum Nürnberg soziale Bindung hatten, dann wären sie schon bei der Auswertung eigener Akten auf das NSU-Trio gestoßen, dessen Mitglieder immer wieder auch in Bayern und im Raum Nürnberg in Erscheinung getreten waren und auf die die Tätermerkmale der Analyse auffällig zutrafen. Weitere solche Hinweise hätten den Akten des Verfassungsschutzes und den Behörden der Länderüber auffällig gewordene Rechtsextremisten entnommen werden können.

Versagen bei der Operativen Fallanalyse des LKA Baden-Württemberg

Die zusätzliche OFA wurde gleich nach der Vorstellung der „Einzeltätertheorie“ der 2. OFA des LKA Bayern am 18.5.2006 für das nicht direkt beteiligte, quasi neutrale Amt in Baden Württemberg beschlossen und am 11. 9.2007 in Auftrag gegeben. Die dann am 30.1.2007 vorgelegte Analyse lehnte die „Einzeltäterthese“ der Kollegen in Bayern ab und kam zu einem völlig anderen Ergebnis. Sie unterstützte die „Organisationstheorie“.

Zum Ergebnis heißt es: „Alle neun Opfer hatten Kontakt zu einer Gruppierung, die ihren Lebensunterhalt mit kriminellen Aktivitäten bestreitet und innerhalb derer zudem ein rigider Ehrenkodex bzw. ein rigides inneres Gesetz besteht. Im Laufe der ‚Zusammenarbeit‘ begingen die Opfer vermutlich einen Fehler, der für die Opfer hinsichtlich seiner Bedeutung nicht erkennbar war. Aufgrund dieser für die Täter bedeutsamen Verletzung eines Ehrenkodex bzw. Wertesystems wurden in der Tätergruppierung jeweils Todesurteile gefällt und vollstreckt. Dabei ging es vermutlich nicht (mehr) um Forderungen irgendwelcher Art (rationaler Aspekt), sondern letztendlich um die Sicherung oder Wiederherstellung einer in der Gruppe ideell verankerten Wirklichkeit, z.B. Status, Prestige, Ehre, Pflege eines bestimmten Selbstbildes usw. (irrationaler Aspekt).“

Zum Täterprofil heißt es u. a.: „Ethnisch-kulturelle Zugehörigkeit: Aufgrund der Tatsache, dass man türkischsprachige Opfer hat, ist nicht auszuschließen, dass die Täter über die türkische Sprache den Bezug zu den Opfern hergestellt haben und die Täter demzufolge ebenfalls einen Bezug zu dieser Sprache haben. Auch spricht der die Gruppe prägende rigide Ehrenkodex eher für eine Gruppierung im ost- bzw. südosteuropäischen Raum (nicht europäisch westlicher Hintergrund).“

Diese Feststellungen haben keine Grundlage in den bis dahin gewonnenen oder späteren Ermittlungsergebnissen. Die türkische Sprache verband die Opfer keineswegs . Eines der Opfer war griechischer Herkunft. Es gab keinerlei Hinweis oder Anhaltspunkt für Kontakte aller neun Opfer zu einer Gruppierung, die ihren Lebensunterhalt mit kriminellen Aktivitäten bestreitet und innerhalb derer zudem ein rigider Ehrenkodex bestand. Ganz im Gegenteil, alle Versuche der Ermittler, solche gemeinsamen Kontakte zu irgendeiner Gruppierung oder zu Personen herauszufinden, scheiterten kläglich. Es gab sie nicht. Nicht einmal eine solche Gruppierung war konkret festgestellt worden. Auch die angeblichen Todesurteile und

Hinrichtungen der neun Opfer wegen Verletzung eines Ehrenkodex bzw. eines Wertesystems waren Phantasie.

Diese erfundene Begründung der Analyse spricht für fremdendiskriminierende Vorurteile und für einen verbrämten institutionellen Rassismus. Bei Menschen aus dem ost- bzw. südosteuropäischen Raum (nicht europäisch westlichem Hintergrund) soll es offenbar naheliegen, dass sie Kontakt zu einer kriminellen Gruppierung mit rigidem Ehrenkodex haben. Und solche Menschen werden aus irrationalen Aspekten - der Ehre, des Status oder Pflege eines bestimmten Selbstbildnisses - hingerichtet. So sind die eben. Deutsche aus der rechtsextremistischen Szene, wie die 2. OFA aus Bayern behauptet, machen so etwas nicht. So die ungeheuerlichen Vorurteile.

Der Fallanalytiker aus Baden-Württemberg zeigte sich auch in der Befragung vor dem Ausschuss wenig einsichtig. Die Gruppierung sei doch ganz gut beschrieben, nur falsch verortet. Das könne schon passieren bei bloßen Annahmen. Deshalb mache er sich keinen Vorwurf.

Versagen beim Umgang mit den Hinweisen auf Waffenbeschaffung

Nach wie vor unerklärlich und nicht nachvollziehbar ist das Versagen nicht nur der Verfassungsschutzämter in Bund und Ländern, sondern auch der Polizei beim Umgang mit den Hinweisen auf die Waffenbeschaffung des Trios im Untergrund. Schon bald nach dem Untertauchen und danach gab es immer wieder Meldungen aus der rechten Szene, das Trio benötige nicht nur Geld, sondern auch Waffen. Immer konkreter wurden sogar die Personen benannt, die Waffen für das Trio beschaffen sollten. Auch dass diese zur Behebung der finanziellen Nöte des Trios benötigt würden und für „weitere Überfälle“, wurde bekannt. Schließlich kam sogar die Mitteilung, das Trio brauche jetzt keine Geldspenden mehr. Diese Hinweise kamen etwa vom V-Mann der LfV Brandenburg, „Piatto“, und von den V-Leuten des LfV Thüringen, Tino Brandt und Marcel D. Die Meldung von „Piatto“ wurde sogar so ernst genommen, dass sich dazu führende LfV-Mitarbeiter aus Brandenburg, Sachsen und Thüringen extra zu einer Beratung in Potsdam zusammensetzten und das BfV informierten. Der Hinweis wurde zur mündlichen Weitergabe in die Polizei freigegeben. Aber er kam niemals bei der Zielfahndung in Thüringen an, wie der hierzu vernommene Zeuge vor dem Ausschuss angab. Jedenfalls fand sich der Hinweis nicht in den Akten und wurde zur Fahndung nicht genutzt. Auch die mehrfachen Meldungen des Berliner V-Mannes zu den Drei aus Thüringen, die mit Waffen und Sprengstoff zu tun gehabt haben sollten, versickerten irgendwo bei der Polizei und spielten für die Fahndung keinerlei Rolle.

Die Gründe für dieses unverzeihliche Versagen konnten nicht geklärt werden. Kein Wunder, dass es immer wieder zu Spekulationen Anlass gibt, dahinter müsse eine ordnende Hand stecken.

III. Die Rolle staatlicher Stellen bei der Flucht

Die Fehler der Nachrichtendienste und Ermittlungsbehörden sind so haarsträubend, zahlreich und gravierend, dass es schwerfällt, daran zu glauben, sie könnten alle durch Unfähigkeit, Fahrlässigkeit und Zufall zu erklären sein. So viele geballten Zufälle kann es eigentlich nicht geben! Deshalb liegt der Verdacht nahe, dass eine schützende Hand oder eine sonstige behördliche Beteiligung geholfen hat.

Bedeutung und Auswirkung der falschen Analysen und Bewertungen auf höchster Ebene des Verfassungsschutzes für die tägliche Arbeit des Dienstes und darüber hinaus für die Ermittlungen der Polizei vor Ort sind schwer einzuschätzen.

Solche Fehleinschätzungen höchster Stellen des BfV über viele Jahre spiegeln eine Grundeinstellung zu den Gefahren wieder, die vom Rechtsextremismus in Deutschland ausgingen und ausgehen. Sie waren in den Sicherheitsbehörden Deutschlands von oben bis unten verbreitet, wenn nicht gar dominierend und auch für die tägliche Arbeit von Bedeutung.

Rechtsterrorismus wurde weganalysiert oder als Einzelercheinung verharmlost, trotz der schrecklichen Anschläge von Rechtsextremisten aus rassistischem Fremdenhass. Die konkreten Auswirkungen dieses Denkens in den Behörden auf die Aufklärungstätigkeit von Verfassungsschutz und Polizei sind schwer festzustellen. Aber eine völlig andere, richtige Einschätzung der rechtsextremistischen Gefahr und deren Bekanntmachung hätte den Sicherheitsbehörden doch geholfen, den rechten Weg zu finden. Wenn gar vor der Bedrohung durch Rechtsterrorismus öffentlich gewarnt worden wäre, wäre vieles anders gelaufen. Den Rechtsterrorismus, der gerade auch vom untergetauchten Trio drohte, den gab es ja wirklich, wenn auch mit ungewöhnlichen Strukturen: führerlos, aber mit einer breiten Unterstützerszene im Umfeld von Blood & Honour, Landser und anderen Neonazi-Bands. Und es existierte eine rassistische Theorie. Die Bedeutung der jahrelang fortgeschriebenen Falschanalysen für das Behördenversagen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Verantwortung dafür liegt nicht nur beim BfV, auch bei anderen Behörden und verantwortlichen Politikern.

Der Ausschuss ist der Frage nachgegangen und hat insbesondere geprüft, ob staatliche Stellen davon gewusst haben, dass das Trio für Verbrechen verantwortlich war, oder sie gar Hilfe geleistet haben.

Akten und Zeugenbefragungen haben dafür keine Belege oder Beweise ergeben.

Allerdings hat der Ausschuss die ursprünglich vorhandenen Akten nicht mehr vollständig überprüfen können. Im Bundesamt für Verfassungsschutz wurden nach Aufdecken des NSU-Trios Akten vernichtet, ohne dass der Grund dafür letztlich geklärt werden konnte. Der Inhalt der nicht mehr vorhandenen Akten konnte nicht vollständig und nachvollziehbar rekonstruiert werden. Bei anderen staatlichen Stellen wie der Berliner Polizei wurden

ebenfalls Akten vernichtet und nicht vollständig wiederhergestellt. So blieben die Erkenntnismöglichkeiten des Ausschusses unvollständig.

Hinzu kommt, dass vom Ausschuss keiner der V-Leute befragt wurde, die zum NSU-Trio vor dessen Verschwinden oder auch noch danach ganz engen oder doch indirekten Kontakt hatten. Es ist nicht fernliegend anzunehmen, dass etwa Thomas Starke, „Corelli“ und Tino Brandt oder auch „Piatto“ mehr über die Pläne und das Treiben der Untergetauchten wussten und vielleicht auch ihrem V-Mann-Führer berichteten, als aus den dem Ausschuss zugeleiteten Aktenteilen ersichtlich und von den V-Leute-Führern als Zeugen im Ausschuss ausgesagt wurde. Immerhin war Thomas Starke nach späteren eigenen Angaben mit Frau Zschäpe liiert gewesen. Dem Trio hatte er den in der Garage gefundenen Sprengstoff besorgt und in den ersten Wochen nach der Flucht wechselndes Quartier verschafft. Er soll mit dem Trio später noch zusammengetroffen sein. Trotzdem soll er gegenüber seinem V-Mann-Führer nur von drei gesuchten Personen aus Thüringen berichtet haben, von denen er ansonsten nichts wüsste. Er hat seine Vergangenheit mit dem Trio und seine Unterstützung für dieses entweder gezielt verschwiegen, oder sein V-Mann-Führer will sich an diesbezügliche Angaben nicht erinnern.

Oder „Corelli“: Der war in der rechtsextremistischen Szene in Sachsen-Anhalt stark verankert, trat aber auch sonst als Sprecher einer Szene in Erscheinung, in der das NSU-Trio Unterstützung fand. Er arbeitete zehn Jahre für das BfV und stellte einige Zeit lang seine Web-Seite dem „Weißen Wolf“ zur Verfügung, einem Szeneblatt, in dem zum ersten Mal überhaupt 2002 die Bezeichnung NSU auftauchte, als die Redaktion des Blattes sich beim „NSU“ für eine Spende bedankte.

Und V-Mann Piatto war selbst als Mittäter des rassistischen, terroristischen Mordanschlages von 1992 auf einen Nigerianer verurteilt worden und unterstützte das Szeneblatt „Weißer Wolf“ sogar aus der Haft heraus.

Die Angaben der vom Ausschuss befragten V-Mann-Führer waren nicht geeignet, die Annahme zu widerlegen, die V-Männer und auch sie selbst hätten doch mehr gewusst, als den Akten zu entnehmen war. Sie alle zeigten sich nicht besonders auskunftsfreudig über die oft viele Jahre andauernde enge Beziehung zu ihren V-Leuten. Die V-Mann-Führer von Thomas S., Corelli und Piatto sahen offensichtlich keinen Grund, sich selbst darum zu kümmern, dass die erhaltenen Tipps zum untergetauchten NSU-Trio rechtzeitig an die richtige Stelle, die Zielfahndung des LKA Thüringen, gelangten.

Der Ausschuss kann auch nicht ausschließen, dass das NSU-Trio zu Anfang, unmittelbar nach seiner Flucht, nicht durch Tipps aus dem LfV Thüringen unterstützt wurde. Immerhin kam ein solcher Verdacht aus der Zielfahndung des LKA Thüringen. Er wurde dort so ernst genommen, dass die Staatsanwaltschaft einen Brief an die Leitung des LfV schrieb und wohl auch das Ministerium befasst wurde. Auch der V-Mann Timo Brandt behauptete völlig unabhängig vom Verdacht der Zielfahndung in den aufgezeichneten „Heise-Gesprächen“, rechtzeitig Warnhinweise erhalten zu haben. Dafür, dass daran etwas Wahres ist, spricht

auch, dass er während der V-Mann-Tätigkeit nie gerichtlich bestraft wurde, obwohl Dutzende von Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Beteiligung an strafbaren Handlungen gegen ihn eingeleitet wurden.

Allerdings wurden für eine bewusste und zielgerichtete Unterstützung durch das LfV Thüringen keine Belege gefunden.

Was es wohl gab, war ein Wetteifern von LfV und LKA in Thüringen, das faktisch zu einer Behinderung der Suche führte, z.B. durch die Warnung an die Eltern von Böhnhardt, Telefonzellen zu benutzen und die Geldübergabe an das Trio im Untergrund über V-Mann Brandt für Passbeschaffungen.

Auch für gezielte Hilfe durch andere behördliche Stellen fehlen Belege oder gar Beweise.

Diese gibt es auch nicht dafür, dass Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe oder andere Angeklagte beim OLG-München V-Personen waren.

Die Durchsicht der Akten der Operation Rennsteig vom LfV-Thüringen und BfV hat entgegen damaligen Pressemeldungen dafür keine Anhaltspunkt erbracht. Die „Frau mit der Katze“, die in Medien genannt wurde, ist offensichtlich nicht Beate Zschäpe. Allerdings hatte Frau Zschäpe vorher schon einmal Angaben in einem polizeilichen Ermittlungsverfahren wegen Kreuzverbrennung gemacht, nachdem Fotos dazu gefunden worden waren und auch die Namen von Beteiligten erwähnt.

Uwe Böhnhardt hatte während seiner Dienstzeit bei der Bundeswehr 1995 Kontakt zum MAD und hatte dort auch ausgesagt. Aber die Frage nach der Bereitschaft zur informellen Zusammenarbeit mit einer Behörde hatte er abgelehnt, wie dem Protokoll zu entnehmen ist.

Zu Uwe Mundlos sind keine Behördenkontakte bekannt oder behauptet worden.

Der V-Mann-Verdacht gegen Ralf Wohlleben, den Bundesanwalt Förster einer Akte aus dem NPD-Verbotsverfahren vermutlich 2002 entnommen hatte, konnte nicht verifiziert werden. Der Zeuge Förster ist weiter sicher, den Namen „Wohlleben“ im Zusammenhang mit V-Leuten in einer BfV-Akte gelesen zu haben. Aber das Aktenstück konnte nicht gefunden und dem Ausschuss vorgelegt werden. Auch wurden keine weiteren Anhaltspunkte vom Ausschuss festgestellt.

IV. V-Männer – ein trügerisches und gefährliches Instrument

V-Leute in der rechtsextremistischen Szene bleiben in aller Regel Rechtsextremisten, Rassisten und Nazis. Sie dienen sich an und arbeiten mit Sicherheitsbehörden zusammen, weil sie Geld wollen und weil sie sich davon Schutz und Sicherheit vor staatlichem Ärger versprechen. Sie liefern ihre Kameraden aber nicht staatlicher Verfolgung aus. Ihre Informationen und Hinweise sind oft unvollständig und falsch. Sie sind trügerisch, weil sie den unzutreffenden Eindruck erwecken, damit würde über die Vorgänge in der Szene

umfassend und vollständig berichtet. Zum Teil ist in der Szene bekannt, dass der V-Mann im staatlichen Dienst steht und Geld damit verdient. Es wird toleriert, wenn die Geldzahlungen der „Bewegung“ zugute kommen. Rechtsextremisten und Nazis haben in der Regel keine Probleme damit, für staatliche Repressionsstellen zu arbeiten, denn ihre Einstellung zu staatlicher Repression ist grundsätzlich positiv; natürlich nur, solange sie nicht selbst davon betroffen sind.

V-Leute in der rechtsextremistischen Szene schaden mehr als sie nutzen. Ihr Einsatz sollte gestoppt und genau durch unabhängige Sachkundige evaluiert werden. Auf diese V-Leute kann man getrost verzichten.

Der Ausschuss hat sich vor allem mit den V-Männern Brandt des LfV Thüringen, Piatto des LfV Brandenburg, Corelli des BfV und Starke des LKA Berlin näher befasst. Er hat diese V-Leute nicht befragt, die Jahre oder auch ein ganzes Jahrzehnt den Behörden aus der rechtsextremistischen Szene berichtet haben. Gehört wurden im Ausschuss die V-Mann Führer, insbesondere zu Hinweisen auf das Trio im Untergrund. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse über die jahrelange Zusammenarbeit blieben gering, zumal die Angaben der V-Mann-Führer als Zeugen nicht sehr ergiebig waren.

Deutlich wurde, dass über die lange Zeit ein sehr enges, auch persönliches Vertrauensverhältnis zu den V-Leuten entwickelt wurde. Aber offensichtlich hielten die V-Männer einen Teil ihres Wissen zu dem Trio im Untergrund zurück, oder die V-Mann-Führer erfuhren mehr, als sie in die Treffberichte schrieben und als sie dem Ausschuss mitteilten.

Besonders drastisch wurde dies am Beispiel des V-Mannes Starke der Berliner Polizei deutlich, der nach Darstellung des V-Mann-Führers diesen selbst und damit den Auftragsgeber Polizei offensichtlich irreführt hat. Denn er soll diesem nichts über sein enges Verhältnis zum untergetauchten Trio mitgeteilt haben. Nichts über seine längere persönliche Beziehung zu Beate Zschäpe, nichts darüber, dass er dem Trio bei der Flucht geholfen und Wohnungen besorgt hat, nichts über den Sprengstoff, den er besorgte. Als er sich schließlich – aus welchen Gründen auch immer – entschloss, einen Hinweis zu geben, soll er so getan haben, als wisse er von den gesuchten Drei aus Thüringen auch nichts Näheres. Wenn er davon seinem V-Mann-Führer wirklich nichts erzählt hatte, sondern dies erst in seinen Vernehmungen 2012 preisgab, dann hatte er bewusst getäuscht, dem V-Mann-Führer den falschen Eindruck vermittelt, er könne bei der Fahndung auch nicht weiterhelfen und damit möglicherweise das Trio geschützt sowie diesem zur Fortsetzung der Flucht verholfen. Vertrauen in diesen V-Mann hätte zu falschen Schlussfolgerungen bei der Verfolgung des Trios auf der Flucht geführt.

So wie beim V-Mann Starke sind auch bei den anderen der V-Leute Zweifel angebracht, ob sie tatsächlich ihr ganzes Wissen zur rechtsextremistischen Szene und zum Trio aus Thüringen auf der Flucht den V-Mann-Führern mitgeteilt haben. Sie haben aber den Eindruck erweckt, sie informierten ihre Auftraggeber vollständig und bewirkten damit eine falsche Sicherheit. So hat Piatto offensichtlich nicht mitgeteilt, was er zum Ehepaar Probst über

deren Vernetzung in die Naziszene wusste, in deren Geschäft er vorgeblich während der Ausgänge aus dem Gefängnis tätig war und deren Filialbetrieb in Berlin er nach einer vorzeitigen Entlassung übernehmen sollte. V-Mann Brandt teilte sein Wissen zur Rechtsextremistenszene und zum Trio auch nur so weit und erst dann mit, wenn dies für die Fahndung kaum noch genutzt werden konnte. Und über die Hinweise von „Corelli“ aus der Szene und was er schon 2002 tatsächlich zu der Bezeichnung „NSU“ wusste, dem damals in der Publikation „Der Weiße Wolf“ für eine Spende gedankt wurde, konnte wenig Klarheit erlangt werden.

Was wir aber wissen, ist, dass diese vier V-Leute alle Jahre ihrer Tätigkeit für die Behörden in der rechtsextremistischen Musikszene vor allem in Sachsen und Thüringen eine große und führende Rolle spielten. „Corelli“ trat als Redner und Einpeitscher auf rechtsextremistischen Veranstaltungen in Erscheinung, wie auch auf TV-Aufnahmen zu sehen ist. Starke war nicht nur in Berlin, sondern auch in Sachsen bei der Organisation von Treffen, Konzerten und beim Vertrieb von CDs mit Hassgesängen bei Blood & Honour äußerst aktiv. „Piatto“ organisierte aus dem Gefängnis heraus Texte und das Erscheinen rechtsextremistischer Publikationen und ließ sich von seinem V-Mann-Führer bei den Haftausgängen mit dem Dienstwagen in die sächsische rechte Extremistenszene chauffieren. Und Brandt war Führer des Thüringer Heimatschutzes und Organisator der Treffen von Nazi-Kameraden in Thüringen und Bayern. Nicht nur er rühmte sich, einen Großteil seiner Zahlungen vom Verfassungsschutz für die rechte Szene eingesetzt zu haben. Damit sind aus staatlichen Zahlungen die rassistischen und rechtsextremistischen Bestrebungen zum mehr oder weniger großen Teil finanziert worden.

Staatliches Vertrauen verdienen solche Vertrauens-Männer in der rechtsextremistischen Szene nicht und sollen auch nicht weiter eingesetzt werden.

V. Politisches und persönliches Versagen von Ministern des Bundes und der Länder

Für die schweren Fehler der Sicherheitsbehörden – von Polizei und Nachrichtendiensten – bei der Aufklärung, Verfolgung und Verhinderung der rechtsterroristischen Verbrechen und deren schrecklichen Folgen tragen die damaligen Innenminister die politische Verantwortung (sog. Organisationsverantwortung) unabhängig von individuellen persönlichen Fehlern. Wären sie noch im Amt, müssten sie Konsequenzen ziehen.

Zur Zeit der falschen Bewertung des BfV zur Bedrohung durch den Rechtsterrorismus aus dem April 1998 war Bundesinnenminister Schily noch nicht im Amt. Aber als die Bewertung des BfV in den folgenden Jahren mit der Analyse erneuert und wiederholt wurde, war er Minister und zuständig für BfV und BKA.

Das Schreiben des Vizepräsidenten des BfV vom 13.9.2003 und die darin enthaltenen schweren Fehler der Analyse fallen in die Zeit seiner Verantwortung. Ein Minister wird nicht jedes Papier, das die seinem Haus unterstellten Dienste produzieren, prüfen können. Aber

hier ging es um eine zentrale Frage der Inneren Sicherheit. Zu analysieren war, ob es eine terroristische Bedrohung durch Rechtsextremisten in Deutschland gibt. Eine so wichtige Bewertung der Sicherheit für die Bevölkerung war es wert, näher hinterfragt und geprüft zu werden. Der Minister hat dies nicht getan.

Außerdem hat der damalige Bundesinnenminister am Tag nach dem Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße gegenüber den Medien die Erklärung abgegeben, „die Erkenntnisse, die unsere Sicherheitsbehörden bisher gewonnen haben, deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu, aber die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, so dass ich eine abschließende Beurteilung dieser Ereignisse jetzt nicht vornehmen kann.“ Diese Äußerung im Fernsehen wurde vielfach dahingehend verstanden, dass ein terroristischer Hintergrund nicht in Betracht komme. Und sie war auch falsch, weil es zu diesem Zeitpunkt keine Hinweise auf ein kriminelles Milieu als Hintergrund der Tat gab. Die Äußerung war darüber hinaus nicht mit einem ersten Vermerk der Kölner Ermittlungsbehörde zu vereinbaren, der den Hinweis „terroristische Gewaltkriminalität“ enthielt. Vor allem war dies nicht die Bewertung des BfV in Köln, das kurze Zeit nach dem Anschlag durchaus und ausschließlich nach den Tätern im rechten Milieu suchte, weil etwa der Einsatz der Nagelbombe Parallelen zu ähnlichen Anschlägen der rechtsextremen Rassistengruppe „Combat 18“ in London aufwies. Der ehemalige Minister hat seine damalige Äußerung inzwischen selbst als Fehler bezeichnet. Als Innenminister hatte er eine vorschnelle Einschätzung über TV öffentlich verbreitet sich, die zu diesem Zeitpunkt zumindest gewagt und durch nichts begründet war. Danach hätte er sich in der Folgezeit um die Hintergründe des Anschlages kümmern und den Fortgang der Ermittlungen der Polizei und des Verfassungsschutzes erfragen müssen. Vielleicht hätte er den Fehleindruck nach einer Nachfrage beim BfV öffentlich korrigiert. Ob und welchen Einfluss die frühe TV-Erklärung des Bundesinnenministers auf Gang und Richtung der Ermittlungen der Polizei gehabt hat, konnte nicht festgestellt werden. Aber ganz ohne Eindruck wird eine solche Äußerung des Ministers nicht gewesen sein, weil bei ihm besondere Kenntnisse und Informationen zu den ersten Ermittlungsergebnissen vermutet werden konnten.

Der damalige Innenminister in NRW, Dr. Behrens, soll ähnliche Äußerungen eines kriminellen Hintergrundes zum Nagelbombenanschlag in der Keupstraße abgegeben haben. Verifizieren konnte der Ausschuss diese aber nicht. Dieser Innenminister trägt die politische Verantwortung für die seinem Haus unterstellte Polizei, die nach einer ersten Erwähnung eines rechtsextremistischen Hintergrundes lange Zeit ausschließlich nach Tätern im kriminellen Bereich suchte. Die Umstände, dass sich der Anschlag offensichtlich gegen die überwiegend türkisch- und kurdischstämmige Bevölkerung in der Keupstraße richtete und die Videoaufnahmen, auf denen zwei Verdächtige mit Fahrrad und schwerem Koffer abgebildet waren, deren Erscheinungsbild nicht unbedingt für eine Zugehörigkeit zur türkischen Gemeinschaft sprach, hielten die Ermittler nicht davon ab, die Täter in diesem Bevölkerungsbereich zu suchen. Auch Hinweise aus der Bevölkerung zu einem rechtsterroristischen Hintergrund führten nicht dazu, die Ermittlungen auch in Richtung rechtsextremistischer Täter zu führen.

Es konnte kein besonderes Interesse und keine Aktivitäten des verantwortlichen Landesinnenministers zum Gang und zur Richtung der Ermittlungen seiner Polizei festgestellt werden. Öffentlich ist er auch nicht damit in Erscheinung getreten, dass er diesem Terroranschlag in seinem Bundesland besondere Bedeutung zumaß oder den verletzten Opfern sowie der besonders bedrohten Bevölkerung seine Solidarität bekundete.

Der 2005 folgende Bundesinnenminister Schäuble trägt die politische Verantwortung für das weitere Versagen von BfV und BKA, die seinem Haus unterstellt sind. Dies gilt insbesondere für die Fortschreibung der Fehleinschätzungen des BfV zur rechtsterroristischen Bedrohung in Deutschland aus dem Schreiben des BfV-Vizepräsidenten vom 13.9.2003. Der Minister hat sich zudem mit der Aufklärung der andauernden Ceska-Mordserie und deren vollständigem Scheitern offensichtlich nicht befasst.

Er trägt auch die Verantwortung dafür, dass im Jahr 2006 – nach der Erstellung der 2. OFA mit der Ausrichtung der Ermittlungen auf einen möglichen rechtsextremistischen Hintergrund – die Leitung der Ermittlungen nicht auf das BKA übertragen wurde. Das Bundeskriminalamt hatte dringend und wohl-begründet geraten, eine solche Zuweisung der Zuständigkeit vorzunehmen, um nach vielen Jahren endlich einen Erfolg zu erzielen und die Mordserie zu beenden. Mit dieser Forderung war auch das Bundesinnenministerium befasst. Dessen Staatssekretär Hanning hat angegeben, den Minister vom Wunsch des BKA und den Problemen der Umsetzung unterrichtet zu haben. Der Minister hat ausgesagt, sich nicht zu erinnern. Letztlich scheiterte die Umsetzung am Widerstand der Behörden und des Ministeriums in Bayern und an den politischen Rücksichten des BMI darauf. Eine Chance wurde vergeben, durch zentrale, länderübergreifende Leitung und Steuerung die Ermittlungen zu den Morden in fünf Bundesländern erfolgreicher zu gestalten. Minister Dr. Schäuble trägt dafür die Verantwortung.

Verantwortlich ist der Bundesinnenminister auch für die Entscheidung im Jahr 2006 , die Abteilung Rechts- und Linksextremismus im Bundesamt für Verfassungsschutz zusammenzulegen und beim Personal zahlreiche Stellen zu streichen. Durch diesen Organisationsmangel wurde eine mögliche Aufklärung des Rechtsextremismus weiter erheblich geschwächt.

Der bayerische Innenminister Beckstein hat nicht nur die politische Verantwortung für das vollständige Versagen der seinem Ministerium unterstellten Polizei und insbesondere des LfV. Er hat auch eine darüber hinausgehende Verantwortung für das Gesamtversagen, weil er es trotz eigener Verdachtsmomente in die rechtsextremistische Richtung unterließ, sich näher um die Gründe des Scheiterns der Ermittlungen zu kümmern.

Minister Beckstein hatte bereits nach dem ersten Mord an Enver Simsek in Nürnberg durch einen kurzen handschriftlichen Vermerk nach einem fremdenfeindlichen Hintergrund gefragt. Er hat auch 2003 die Frage nach rechtsterroristischen Strukturen – einer braunen RAF – zum Thema gemacht. Das war ein Anlass für das Schreiben des Vizepräsidenten des BfV vom 13.9.2003, in dem am Beispiel des immer noch verschwundenen NSU-Trios

argumentiert wurde, es gebe keine Anhaltspunkte für terroristische Aktivitäten. Schließlich hat dieser Minister 2006 nachgefragt, ob die Mordserie einen fremdenfeindlichen Hintergrund hat. Für ihn ergaben sich aus der Auswahl der Opfer stets aus der gleichen Bevölkerungsgruppe mit ausländischer Herkunft offensichtlich Anhaltspunkte für eine solche Vermutung oder einen Verdacht.

Umso unverständlicher ist aber, dass Minister Beckstein sich mit einem bloßen Dementi seiner Behörden zufriedengegeben hat. Seinem Ministerium unterstanden Polizei und Verfassungsschutz in Bayern, wo die meisten Morde der Serie begangen wurden. Er wusste – bis auf den kurzen Zeitraum nach der 2. Operativen Fallanalyse – von der Ausrichtung der Ermittlungen allein auf den Bereich der organisierten Kriminalität und auf kriminelle Hintergründe. Er war informiert über die daraus resultierenden Besprechungen mit Stellen bis in die Regierung in der Türkei. Ihm war bekannt, dass die Ermittlungen in diese Richtung völlig erfolglos blieben und zu keinem Tatverdacht führten. Danach ist unverständlich und nicht nachvollziehbar, dass er sich nicht näher unterrichten ließ. Er hätte sich dazu berichten lassen müssen, warum ein rechtsextremistischer Hintergrund so beharrlich und konsequent verneint wurde. Dies gilt auch dafür, ob und wie im Einzelnen seine Anregungen geprüft wurden, sowie auf welchen Tatsachen die Ablehnung beruhte. Er hätte sich zudem über die Gründe der Erfolglosigkeit über viele Jahre und den Stand der Ermittlungen informieren lassen müssen. Spätestens 2006, nach der 2. OFA mit der „Einzeltätertheorie“ und deren Bestätigung durch die Analyse des FBI, hätte er bei den darauf einsetzenden Ermittlungen das Vorgehen und die Erfolglosigkeit beharrlich und nachdrücklich hinterfragen müssen, weil seine Ahnung und sein Verdacht eines rechtsextremistischen Hintergrundes der Morde mit guten Gründen bestätigt worden waren. Er hätte spätestens dann die Änderung der Ausrichtung der Ermittlungen mindestens neben anderen auch auf den Bereich des Rechtsextremismus veranlassen müssen, einschließlich der von den Ermittlern abgelehnten Öffentlichkeitsfahndung. Und er hätte das ihm ebenfalls unterstehende LfV zu mehr Engagement und zur Datenfreigabe veranlassen müssen.

Der damalige Hessische Innenminister Bouffier trägt die Verantwortung für die massive Behinderung der Ermittlungsarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft nach dem Mord in Kassel. Er hat die Genehmigung für die Vernehmungen der von Temme geführten V-Leute durch die Ermittlungsbehörden verweigert. Selbst nach fernmündlicher Intervention seines Amtskollegen Beckstein aus Bayern hat er sich beharrlich geweigert und ohne ausreichenden Grund die notwendigen Ermittlungen verhindert. Er hat den Schutz der Quellen des LfV über die Aufklärung eines Mordverbrechens gestellt. Er hat damit auch die ignorante Haltung des Präsidenten des ihm unterstellten Amtes gegenüber der Arbeit von Justiz und Polizei in dem Mordfall gedeckt.